

Kommunalwahlprogramm

Die Linke Regensburg

3

4 **Abkürzungen**

AIM	Amt für Integration und Migration
AnkER	Zentrum für Ankunft, Entscheidung, Rückführung
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BEG	Bayerische Eisenbahngesellschaft
BRD	Bundesrepublik Deutschland
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
FLINTA*	Sammelbegriff für Frauen, Lesben, Intergeschlechtliche, Nicht-binäre, Trans-, Agender Personen; der Stern verweist auf weitere, nicht explizit genannten, Geschlechtsidentitäten, die aufgrund ihrer Identität Marginalisierung und Diskriminierung erfahren
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
ILO	International Labour Organization (Internationale Arbeitsorganisation)
IT	Informationstechnologie
LGBTQIA+	Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer, Intersex, Asexual und Weitere
NS	Nationalsozialismus
OB	Oberbürgermeister*in
OTH	Ostbayerische Technische Hochschule
PPP	Public-Private-Partnership
REWAG	Regensburger Energie- und Wasserversorgung AG
RVV	Regensburger Verkehrsverbund
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
VHS	Volkshochschule
VVN-BdA	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist*innen

ÖPNV

Öffentlicher Personennahverkehr

5

6 Glossar

AnkER-Zentrum	„Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungszentrum“ – zentrale Einrichtung für Geflüchtete, in der Asylverfahren gebündelt werden.
Armutsbericht	Regelmäßige Analyse und Dokumentation der Armutsentwicklung und -strukturen in einer Stadt oder Region.
Bauwende	Politisches Konzept für eine grundlegende Umgestaltung des Bauwesens hin zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz.
Bürger*innenrat	Gremium aus zufällig ausgelosten Bürger*innen, das Empfehlungen zu politischen Fragen erarbeitet.
Citylogistik	Logistikkonzept zur Bündelung und Optimierung von Lieferverkehren in Städten, um Verkehr und Emissionen zu reduzieren.
Dropout-Option	Möglichkeit für Kommunen, sich aus bestimmten staatlichen Vorgaben (z.B. Bezahlkarte für Geflüchtete) auszuklinken.
Erbbaurecht	Recht, auf einem fremden Grundstück ein Bauwerk zu errichten und zu nutzen, meist gegen Zahlung eines Erbbauzinses.
EU-Aufnahmerichtlinie	Europäische Richtlinie, die Mindeststandards für die Aufnahme von Asylsuchenden in den Mitgliedsstaaten festlegt.
Housing-First	Ansatz zur Überwindung von Wohnungslosigkeit: Betroffene erhalten zuerst eine eigene Wohnung, dann weitere Hilfen.
ILO-Kernarbeitsnormen	Internationale Mindeststandards für menschenwürdige Arbeit, festgelegt von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).
Istanbul-Konvention	Internationales Abkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt.
Klimagerechtigkeit	Prinzip, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel sozial ausgewogen gestaltet werden und besonders Betroffene schützen.
Kulturentwicklungsplan	Strategisches Konzept zur Förderung und Entwicklung der kulturellen Infrastruktur einer Stadt.
Lastenrad-Sharing	System, bei dem Lastenfahräder gemeinschaftlich genutzt und ausgeliehen werden können.

Library of Things	Bibliothek, in der Gegenstände (z.B. Werkzeuge, Geräte) statt Bücher ausgeliehen werden können.
Lobbyregister	Öffentliches Verzeichnis, in dem Treffen und Kontakte zwischen Politik und Interessenvertreter*innen dokumentiert werden.
Mietendeckel	Gesetzliche oder kommunale Begrenzung der Mieten, um Mietsteigerungen zu verhindern.
PPP-Projekt	Public-Private-Partnership: Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privaten Unternehmen bei Projekten.
Second-Stage-Projekt	Anschlussangebot für Frauen nach dem Aufenthalt im Frauenhaus, um den Übergang in ein selbstständiges Leben zu erleichtern.
Sozialquote	Anteil an gefördertem, sozialem Wohnraum bei Neubauprojekten, der vorgeschrieben ist.
Stadtpass	Vergünstigungsausweis für Menschen mit geringem Einkommen, der Zugang zu sozialen und kulturellen Angeboten erleichtert.
Stellplatzgebot	Vorschrift, dass bei Neubauten eine bestimmte Anzahl an Parkplätzen geschaffen werden muss.
Stille Stunde	Ein Zeitraum in Geschäften oder öffentlichen Einrichtungen, in dem auf laute Geräusche, Musik und grelles Licht verzichtet wird, um Menschen mit sensorischen Einschränkungen (z.B. Autismus) einen möglichst barrierefreien Aufenthalt zu ermöglichen.
Strom-Grundkontingent	Festgelegte Menge an Strom, die jedem Haushalt kostenlos oder zu einem günstigen Preis zur Verfügung steht.
Tarifbindung	Verpflichtung eines Unternehmens, die Bedingungen eines Tarifvertrags einzuhalten.
UN-Kinderrechtsausschuss	Gremium der Vereinten Nationen, das die Einhaltung der Kinderrechte überwacht.
Vorkaufsrecht	Recht der Kommune, ein Grundstück zu erwerben, bevor es an Dritte verkauft wird.
Zivilklausel	Selbstverpflichtung einer Institution, keine Forschung oder Projekte für militärische Zwecke zu betreiben.

8 **Präambel**

9 Liebe Regensburger*innen,

10 wir stehen vor großen Herausforderungen: die soziale Ungleichheit wächst immer weiter,
11 Mieten und Lebenshaltungskosten steigen rasant, die Klimakrise ist längst hier und
12 rechtsextreme Kräfte und Parteien sind stärker als je zuvor in der Geschichte der
13 Bundesrepublik Deutschland.

14 All das spüren wir auch in Regensburg.

15 Wir, Die Linke, stehen bedingungslos an der Seite der arbeitenden Menschen, all derer,
16 denen das Geld kaum zum Leben reicht und die keine Lobby haben. Wir stehen an der
17 Seite der Mehrheit der Gesellschaft, und nach ihren Prioritäten richten wir unsere Politik
18 aus.

19 Wir kämpfen an eurer Seite für bezahlbare Mieten und eine konsequente Nutzung
20 leerstehender Gebäude in unserer Stadt. Wir sind es satt, dass Wohnraum leer steht,
21 weil Investor*innen damit mehr Geld verdienen – dieser Wohnraum muss
22 vergesellschaftet und den Regensburger Bürger*innen zugänglich gemacht werden.

23 Gebäude wie der ehemalige Kaufhof am Neupfarrplatz müssen in städtische Hand
24 überführt und zum Wohle Aller genutzt werden.

25 Beim Neubau fordern wir eine deutlich höherer Sozialquote, um den Wohnungsmarkt zu
26 entlasten.

27 Arbeit muss zum Leben reichen - auch und insbesondere für Familien. Statt
28 Niedriglohnsektor und Leiharbeit wollen wir arbeitende Menschen entlasten und
29 Arbeitsbedingungen verbessern. Durch konsequente Tarifbindung in der
30 Stadtverwaltung und bei der kommunalen Auftragsvergabe stärken wir Mitbestimmung
31 und fördern ein selbstbestimmtes Leben für Arbeitende. Wir wollen Betriebe, die in der
32 Hand der Arbeiter*innen sind und Firmen, die nachhaltig und fair produzieren.

33 Wir brauchen starke Investitionen in unsere Schulen und Kindertagesstätten –
34 ausreichendes und qualifiziertes Fachpersonal, umfassende Betreuungsangebote,
35 kostenlose Mahlzeiten für alle Kinder und eine moderne Infrastruktur (baulich und
36 digital) sind das Minimum. Wir dürfen die Zukunft unserer Kinder nicht durch
37 Militarisierung, Wehrdienst und kaputt gesparte Infrastruktur aufs Spiel setzen.

38 Soziale und kulturelle Teilhabe müssen allen Menschen, insbesondere Kindern,
39 Jugendlichen und marginalisierten Menschen unabhängig vom Geldbeutel ermöglicht
40 werden – denn nur so schaffen wir eine starke, solidarische Gemeinschaft, die den
41 Herausforderungen unserer Zeit gewachsen ist.

42 Um der Klimakatastrophe effektiv entgegenzuwirken, braucht es ein Umdenken: statt
43 immer mehr Straßen und Parkplätze zu bauen müssen ÖPNV und Radverkehr ausgebaut
44 und für alle Bürger*innen verfügbar gemacht werden. Bessere Busverbindungen, auch

45 zwischen den Stadtteilen, mit kostenloser Nutzung für alle sowie sichere Rad- und
46 Fußwege sind eine dringend notwendige Investition in unsere Stadt.

47 Statt immer mehr Flächenversiegelung fordern wir Verkehrsberuhigung, Begrünung von
48 Gebäuden und städtischen Flächen.

49 Die Versorgung mit Wasser und Elektrizität muss zurück in städtische Hand und für alle
50 Bürger*innen verfügbar und bezahlbar sein.

51 Inklusion und Gleichstellung wollen wir fördern – FLINTA*-Personen, queere Menschen,
52 Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Migrationshintergrund dürfen nicht
53 Bürger*innen zweiter Klasse sein. Wir kämpfen dafür, dass Sie endlich gleiches Geld für
54 gleichwertige Arbeit bekommen. Und dafür, dass sie über ihre eigenen Körper
55 bestimmen können und vor Gewalt geschützt werden.

56 Wir stehen zum Recht auf Asyl – ohne Wenn und Aber. Wir fordern menschenwürdige
57 Behandlung und eine Abschaffung der AnkER-Zentren. Asylsuchende Menschen sollen
58 ein sofortiges Recht auf Arbeit und dezentrale Unterbringung erhalten.

59 Antifaschismus ist für uns unverhandelbar! Jeder Form von Diskriminierung,
60 insbesondere Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus, Ableismus, Queerfeindlichkeit
61 und Misogynie, stellen wir uns entschlossen entgegen. Die Übernahme rechtsradikaler
62 Positionen in vormaligen demokratischen Parteien sehen wir als brandgefährlich an -
63 Menschenrechte dürfen nie an Bedingungen geknüpft werden!

64 Wir, Die Linke Regensburg, kämpfen für eine offene, diverse, solidarische Stadt für alle
65 Regensburger*innen, weil wir überzeugt sind, dass es eine Partei braucht, die eine laute
66 Stimme für diejenigen ist, die sonst niemand hört. Die den Finger in die Wunde legt und
67 Ungleichheit aufzeigt. Wir glauben, dass eine bessere, gerechtere Gesellschaft möglich
68 ist – für alle Menschen, für die Demokratie und für einen demokratischen Sozialismus.

69 Wir sind den Reichen und Mächtigen nicht ausgeliefert, gemeinsam können wir uns
70 wehren.

71 Zusammen mit euch können wir es schaffen – für ein gerechtes, soziales und
72 lebenswertes Regensburg!

73 Die Linke Regensburg

74	Inhalt	
75	Abkürzungen	2
76	Glossar	4
77	Präambel.....	6
78	1 Bezahlbares Wohnen	10
79	1.1 Bezahlbare Miete statt fatter Rendite.....	10
80	1.2 Wohnen für alle.....	10
81	2 Soziale Kommune – keine*r bleibt zurück	12
82	2.1 Armut überwinden – Teilhabe stärken	12
83	2.2 Stadtplanung und Architektur	13
84	2.3 Brennpunkte stärken – soziale Infrastruktur statt Ausgrenzung	13
85	2.4 Gewalt bekämpfen – Schutz gewährleisten	14
86	2.5 Sport für Alle statt Elitensport.....	14
87	2.6 Gute Bildung für alle.....	15
88	2.7 Kunst und Kultur	16
89	2.8 Barrierefreies Regensburg	17
90	3 Gute Arbeit	18
91	3.1 Arbeit und Ausbildung.....	18
92	3.2 Wirtschaft	19
93	4 Sozialökologischer Umbau.....	21
94	4.1 Klimaneutralität sofort – und zwar sozial gerecht	21
95	4.2 Hitzeschutz, Anpassung & Naturerhalt – statt einer Steinwüste Regensburg.....	21
96	4.3 Klimagerechtigkeit – global denken, lokal handeln.....	22
97	4.4 Energieversorgung demokratisch, ökologisch & günstig gestalten.....	23
98	4.5 Kostenloses, pflanzliches Essen – für Umwelt, Tierwohl und Zukunft	23
99	4.6 Ganzheitlicher Tierschutz.....	24
100	5 Nachhaltiger Verkehr	25
101	5.1 Öffentlicher Personennahverkehr	25
102	5.2 Fahrrad- und Fußverkehr.....	26
103	6 Gute Gesundheit	28
104	6.1 Gesundheit für alle	28
105	6.2 Drogenpolitik.....	28
106	6.3 Psychische Gesundheit.....	29
107	6.4 FLINTA*-Gesundheit und reproduktive Rechte.....	29

108	7	Ein Regensburg für Kinder- und Jugendliche	30
109	7.1	Familien stärken – Kinderarmut überwinden.....	30
110	7.2	Kulturelle und soziale Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen.....	31
111	8	Queerfeministische Politik.....	32
112	9	Flucht und Migration.....	34
113	10	Frieden beginnt vor Ort	36
114	10.1	Antifaschismus und Erinnerungskultur	36
115	10.2	Antimilitarismus	37
116	11	Stadtverwaltung und Bürger*innenbeteiligung	38
117	11.1	Stadtverwaltung: Transparenz, Teilhabe, Barrierefreiheit.....	38
118	11.2	Stadtverwaltung und die kommunalen Unternehmen	39
119	11.3	sozial-ökologische kommunale Auftragsvergabe	39
120	11.4	Digitale Unabhängigkeit.....	40
121		Nachwort Sebastian Wanner(OB-/Spitzenkandidat).....	41
122		Unsere Liste zur Kommunalwahl.....	42
123			

1 Bezahlbares Wohnen

Bezahlbares Wohnen ist die zentrale soziale Frage unserer Zeit. Es braucht eine grundlegende Wende in der Wohn- und Mietenpolitik!

*Denn Regensburg wächst: Jedes Jahr ziehen mehrere tausend Menschen in die Stadt- und mit der wachsenden Bevölkerung steigen auch die Mieten. Für immer mehr Menschen wird es schwerer bezahlbaren Wohnraum zu finden. Für Familien mit geringem und mittlerem Einkommen, für Studierende und Auszubildende oder für Senior*innen.*

Bezahlbare Wohnungen, Sicherheit vor Mieterhöhungen, sozialer und genossenschaftlicher Wohnungsbau sind sinnvoll, gerecht und auch erreichbar. Bezahlbares Wohnen ist eine kommunalpolitische Aufgabe mit höchster Dringlichkeit.

Unser Ziel ist eine Stadt in der alle Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen, ein sicheres Zuhause finden können. Wohnraum ist keine Ware.

1.1 Bezahlbare Miete statt fatter Rendite

*Bezahlbare Mieten sind rar, zu oft wird ein zu großer Teil des Einkommens für die Miete verwendet. Am Ende landet er oft in den Taschen der Reichen und Konzerne. Dem wollen wir uns entgegenstellen. Wir sind die Mieter*innenpartei.*

Wir setzen uns ein:

- für einen Mietendeckel in der gesamten Stadt Regensburg.
- für einen Mietendeckel in allen Stadtbau-Wohnungen.
- für eine städtische Beratungsstelle für Mieter*innen, die niedrigschwellig und aufsuchend arbeitet und auf die Bedürfnisse von Mieter*innen angepasst ist.
- für die Einrichtung einer kommunalen Meldestelle, die Hinweise zu überhöhten Mieten entgegennimmt und bei Verdacht auf § 291 StGB (Mietwucher) an die Staatsanwaltschaft weiterleitet
- für die Übernahme von Mietkautionen für bedürftige Menschen.

1.2 Wohnen für alle

*Wohnen ist ein Grundrecht. Kommunen können viel dafür tun, den Wohnungsmarkt zu entspannen und Mieter*innen zu schützen. Als Partei sehen wir uns in der Verantwortung den sozialen Wohnungsbau aktiv zu fördern und wirksame Maßnahmen gegen Verdrängung, Leerstand und Immobilienspekulation zu finden.*

Wir setzen uns ein für:

- für bezahlbaren Wohnraum, gefördert durch die Stadt Regensburg. Die Sozialquote bei neuem Wohnungsbau muss auf 80% angehoben werden.

- 159 • gegen den Verkauf von städtischem Grund an private Investor*innen.
- 160 • für eine Förderung von Wohnbaugenossenschaften und
- 161 Bauherrengemeinschaften durch günstige Vergabe von Grundstücken in
- 162 Erbbaurecht.
- 163 • für eine bessere Nutzung der bereits versiegelten Flächen (Nachverdichtung) und
- 164 eine bessere Nutzung des vorhandenen Wohnraums.
- 165 • für eine aktive Bekämpfung von Leerständen (z.B. durch eine Meldepflicht für
- 166 Eigentümer*innen, Leerstandsabgaben und Sanktionen), sowie ein Verbot für
- 167 Zweckentfremdung von Wohnraum (Airbnb, Ferienwohnungen etc.).
- 168 • für ein Azubi-Wohnheim-Projekt in Zusammenarbeit mit den Einzelgewerkschaften
- 169 und dem DGB.
- 170 • für die Nutzung von Städtebauförderprogrammen wie dem Programm "Sozialer
- 171 Zusammenhalt" und die Erstellung von Quartierskonzepten für Quartiere und
- 172 Stadtteile mit Entwicklungspotenzial.
- 173 • für eine Ausdehnung des alters- und behindertengerechten barrierefreien
- 174 Wohnraums.
- 175 • für die Förderung von generationenübergreifenden Wohnmodellen.
- 176 • für die Bekämpfung von Diskriminierung bei der Wohnungssuche durch
- 177 Testbewerbungen, z.B. durch das Amt für Stadtentwicklung, und die Erleichterung
- 178 von Beschwerdeverfahren auf städtischer Ebene
- 179 • für eine Vergabe kommunaler Grundstücke nach Konzeptqualität (im
- 180 Erbbaurecht), statt nach Höchstpreis, zur Erreichung wohnungs-/sozialpolitischer
- 181 Ziele statt nach Vergabe nach Höchstpreis.
- 182 • für eine Vergabe von kommunalen Flächen nach Erbbaurecht – kein Ausverkauf
- 183 von kommunalen Flächen.
- 184 • für ein Housing-First-Programm mit kommunaler Förderung von Wohnungen und
- 185 sozialpädagogischer Begleitung zur wirksamen Bekämpfung von
- 186 Wohnungslosigkeit.
- 187 • für die Nutzung städtebaulicher Verträge und Grundstücksvergaben, um
- 188 Sozialwohnungsbindungen über die gesetzliche Dauer hinaus zu sichern.
- 189 • für eine konsequente Anwendung des Vorkaufsrechts nach §§ 24-28 BauGB, um
- 190 eine sozialverträgliche Nutzung von Immobilien sicherzustellen.
- 191 • für eine enge Kooperation mit den Nachbarkommunen, um gemeinsame
- 192 Strategien für bezahlbaren Wohnraum zu entwickeln.
- 193

2 Soziale Kommune – keine*r bleibt zurück

Soziale Sicherheit ist kein Almosen. Sozialpolitik muss die Mechanismen des Marktes ausgleichen, wenn diese zu Ungerechtigkeit führen. Dabei geht es nicht nur um die Ärmsten: Familien mit Kindern brauchen Leistungen wie Wohn- und Kindergeld.

Auch im Alter und bei Erwerbslosigkeit muss dafür gesorgt sein, dass ein Leben in Würde und Sicherheit für alle Menschen möglich ist.

Die Linke kämpft dafür, dass Menschen in Notlagen ihre Würde und ihre sozialen Rechte zurückgegeben werden. Nur eine Gesellschaft, in der nicht ständig Angst vor dem Abstieg herrscht, ist eine humane und auch wirklich solidarische Gesellschaft.

2.1 Armut überwinden – Teilhabe stärken

*Armutsbekämpfung ist ein Muss für die Kommunalpolitik. Zu oft wird jedoch nicht mit armen Menschen gesprochen, sondern über sie. Wir wollen Armut nachhaltig überwinden – gemeinsam mit Betroffenen und Expert*innen.*

Wir setzen uns ein:

- für einen Ausbau des Stadtpass-Angebots und eine Erhöhung des Bekanntheitsgrades und der Nutzungsrate. Der Stadtpass soll bei Bezug von Sozialleistungen automatisch ausgestellt werden, mindestens jedoch aktiv mit dem Leistungsbescheid beworben werden.
- für eine Ausgabe von Verzehr-Coupons für Veranstaltungen wie die Dult und das Bürger*innenfest, um soziale Teilhabe zu ermöglichen.
- für eine bestmögliche Unterstützung sozialer Organisationen (z.B. Tafel, Soziale Initiativen, Rengschburger Herzen) und ihrer ehrenamtlichen Helfer*innen.
- für Umsetzung der Maßnahmen, die auf der Grundlage des Regensburger Armutsberichts von 2025 erarbeitet wurde.
- für eine Verbesserung der Infrastruktur für wohnungslose Mitbürger*innen durch Housing-First, einen Ausbau der Schlafplätze, sichere Aufbewahrungsmöglichkeiten für persönliche Gegenstände, bessere Beratungsangebote und einen Tagestreff.
- für die Einrichtung kommunaler Clearingstellen zur Unterstützung bei Sozialleistungsanträgen und eine Verringerung der Quote der Nichtinanspruchnahme.
- für eine (freiwillige) Einbindung von armutsbetroffenen und armutsgefährdeten Gruppen ins Ehrenamt.

228 **2.2 Stadtplanung und Architektur**

229 *Stadtplanung ist mehr als das Bauen von Gebäuden, sie ist die Gestaltung unseres*
230 *Lebensraums.*

231 *In Regensburg brauchen wir lebendige, soziale und ökologische Stadträume, die allen*
232 *Menschen zugutekommen. Die Planung der Stadt muss das Gemeinwohl aller Menschen*
233 *in den Mittelpunkt stellen und nicht allein den Interessen von Investor*innen folgen.*
234 *Öffentliche Räume sollen verbinden, Begegnungen und Lebensqualität schaffen. Nicht*
235 *bebaute innerstädtische Flächen dürfen nicht überbaut oder anderweitig versiegelt*
236 *werden.*

237

238 *Für eine Stadt, die für alle lebenswert ist, wird und bleibt.*

239 Wir setzen uns ein:

- 240 • für die aktive Beteiligung der Anwohner*innen bei der Stadtgestaltung.
- 241 • für die Umsetzung des „Prinzips der kurzen Wege“ (Wohnen, Arbeiten,
- 242 Kinderbetreuung, Versorgung, Kultur, Sport in den Quartieren).
- 243 • für attraktive, begrünte, öffentliche Plätze in allen Stadtteilen.
- 244 • für mehr Sitzmöglichkeiten auch außerhalb der Innenstadt.
- 245 • für einen Ausbau öffentlicher Toiletten und mehr Mülleimer mit Pfandflaschen-
- 246 Aufbewahrung.
- 247 • für eine Entsiegelung und Begrünung öffentlicher Flächen als Hitzeschutz, die wo
- 248 möglich den Anwohner*innen zur gärtnerischen Nutzung zur Verfügung gestellt
- 249 werden.
- 250 • gegen obdachlosenfeindliche Architektur (hostile architecture) im Stadtbereich.

251

252 **2.3 Brennpunkte stärken – soziale Infrastruktur statt**

253 **Ausgrenzung**

254 *In Stadtteilen mit hoher Armutsbetroffenheit wie dem Kasernenviertel, Galgenberg oder*
255 *dem Ostenviertel zeigt sich, was passiert, wenn die Kommunalpolitik keine*
256 *ausreichenden Maßnahmen trifft: fehlende Jugendzentren, zu wenige*
257 *Streetworker*innen, mangelnde Begegnungsräume.*

258 *Unser Ziel ist klar: Ein starkes, soziales Regensburg, das niemanden zurücklässt.*
259 *Prävention statt Repression. Beteiligung statt Ausgrenzung. Ein Ort, an dem jedes Kind,*
260 *jede*r Jugendliche und jede Familie und dazugehört.*

261 Wir setzen uns ein:

- 262 • für einen gezielten Ausbau der sozialen Infrastruktur durch Quartiersmanagement,
263 Jugendhilfe, Straßensozialarbeit und offene Kultur- und Begegnungsräume, die
264 auch hinsichtlich der Mietverträge langfristig zu sichern sind.
- 265 • für einkommensunabhängige Teilhabe am soziokulturellen Leben und in der
266 Bildung.
- 267 • für Jugendzentren in allen Stadtteilen.
- 268 • für Begegnungszentren in allen Stadtteilen.

269

270 **2.4 Gewalt bekämpfen – Schutz gewährleisten**

271 *Häusliche Gewalt kann alle treffen – auch in Regensburg. Insbesondere FLINTA*-*
272 *Personen und Kinder sind betroffen. In Deutschland wird jeden zweiten Tag eine Frau*
273 *von ihrem (Ex-)Partner ermordet (Femizid). Regensburger Frauenhäuser und*
274 *Beratungsstellen sind überlastet.*

275 Wir setzen uns ein:

- 276 • für den Ausbau und die Förderung von Frauenhäusern und Beratungsstellen.
- 277 • für den Ausbau und die Förderung von Kinder- und Jugendschutzhäusern.
- 278 • für den Ausbau der Prävention durch Täter*innenarbeit.
- 279 • für bessere Beleuchtung im öffentlichen Raum, um sichere Heimwege für FLINTA*
280 und andere gefährdete Personen gewährleisten zu können.
- 281 • für kostenfreie und unbegrenzte, sichere Taxis für FLINTA*-Personen mit
282 Gutscheinen in Zusammenarbeit mit bspw. Clubs, Bars, Einzelhandel, um eine
283 sichere Heimfahrt zu ermöglichen.
- 284 • für eine konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention. Das Übereinkommen
285 des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und
286 häuslicher Gewalt („Istanbul-Konvention“) von 2011 ist ein völkerrechtlich
287 bindendes Instrument zur umfassenden Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
288 und Mädchen.
- 289 • für eine Gewaltambulanz für Opfer sexualisierter und häuslicher Gewalt

290

291 **2.5 Sport für Alle statt Elitensport**

292 *Sportangebote sind ein wichtiger Aspekt der sozialen Teilhabe und Gesundheit.*
293 *Partizipation darf nicht vom Geldbeutel abhängen.*

294 Wir setzen uns ein:

- 295 • für kostenlose Teilhabe an Breitensportangeboten für Menschen mit dem
296 Stadtpass.

- 297 • für die Öffnung der stadteigenen Sportstätten für Alle.
- 298 • für den Vorrang des Breitensports vor der Förderung von kommerziellen
- 299 Sportvereinen und Großveranstaltungen.
- 300 • für kostenlose Schwimmkurse für alle Regensburger*innen.
- 301 • für mehr Sportboxen mit Sport- und Spielgeräten, die zusätzlich für Kinder und
- 302 Familien ansprechend sind.

303

304 **2.6 Gute Bildung für alle**

305 *Das deutsche Bildungssystem ist ungerecht. Kinder aus nicht akademischen*
 306 *Haushalten, die meist nur über ein geringeres Einkommen verfügen, haben einen*
 307 *schlechteren Zugang zu guter Bildung. Unsere Schulen bröckeln, die Lehrkräfte sind*
 308 *überlastet, Kita-Plätze fehlen.*

309 *Wir wollen, dass Bildung mehr ist als ausschließliche Qualifikation für den Arbeitsmarkt.*
 310 *Wir wollen Bildung, die es Schüler*innen ermöglicht, kritisch und mündig durch die Welt*
 311 *zu gehen, und sie dazu befähigt, ihre Potentiale zu entfalten und damit zu einer*
 312 *besseren Gesellschaft beizutragen.*

313 *Bildung ist eine Grundvoraussetzung für ein freies, selbstbestimmtes Leben und eine*
 314 *solidarische Gesellschaft. Jede Person hat ein Recht auf bedarfsgerechte, umfassende*
 315 *Bildung. Deshalb setzen wir uns dafür ein auf kommunaler Ebene frühkindliche,*
 316 *schulische und berufliche Bildung zu fördern und Bildungsbenachteiligung aktiv zu*
 317 *bekämpfen.*

318 Wir setzen uns ein:

- 319 • für einen Ausbau von Möglichkeiten der Weiterbildung und Nachholung von
- 320 Schulabschlüssen in Zusammenarbeit mit städtischen Einrichtungen und
- 321 Bildungsträgern.
- 322 • für eine regelmäßige Überprüfung und konsequente Instandhaltung der Schul-
- 323 und Sportanlagen in Regensburg.
- 324 • für den Ausbau kostenloser, bedarfsgerechter Ganztagsbetreuung an Schulen.
- 325 • für eine kostenlose Ausstattung aller Schulen und Kitas mit Lehr- und Lernmitteln.
- 326 • für eine Bereitstellung von Endgeräten für Schüler*innen und den Ausbau digitaler
- 327 Infrastruktur.
- 328 • für ein kostenloses Frühstück und Mittagessen an allen Schulen und
- 329 Kindertageseinrichtungen.
- 330 • für eine starke Zusammenarbeit zwischen Schulen, Lehrkräften und
- 331 Sozialpädagog*innen in der Jugendarbeit und Vereinen.
- 332 • für kostenlose Mobilität für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende.

- 333 • für einen kostenlosen Zugang von Schüler*innen, Auszubildenden und
- 334 Studierenden in Museen sowie zu weiteren Kulturangeboten.
- 335 • für die Einrichtung einer "Library of Things" und verknüpfte kostenlose
- 336 Bildungsangebote.
- 337 • für eine Förderung kostenloser (Erwachsenen-)bildungsangebote und eine
- 338 ausreichende Finanzierung der Träger, insbesondere der VHS.
- 339 • für zugängliche Stadtteilbibliotheken in jedem Stadtteil.
- 340 • für kostenloses Drucken, Scannen und Kopieren in den Bibliotheken.
- 341 • für eine qualitativ hochwertige Betreuung in Kindertageseinrichtungen durch
- 342 bessere Ausbildungsbedingungen und übertarifliche Bezahlung von
- 343 Erzieher*innen.
- 344 • Für eine Einhaltung der EU-Empfehlungen zum Betreuungsschlüssel in Kitas:
- 345 • 1 Fachkraft für 3 Kinder bis 1,5 Jahre
- 346 • 1 Fachkraft für 4 Kinder bis 3 Jahre
- 347 • 1 Fachkraft für 8 Kinder ab 3 Jahren bis Schuleintritt

348

349 **2.7 Kunst und Kultur**

350 *Kunst und Kultur sind kein Luxus – sie sind essenzieller Bestandteil unserer Gesellschaft.*

351 *Wir wollen, dass Kunst und Kultur allen zugänglich ist und nicht vorrangig über den*

352 *Markt geregelt wird. Kunst und Kultur müssen als Teil der Daseinsvorsorge öffentlich*

353 *gefördert werden. Kulturförderung soll Pflichtaufgabe werden. Gemeinnützige Kultur-*

354 *und Veranstaltungsstätten und Menschen, die ehrenamtlich kulturelle Angebote*

355 *schaffen, brauchen verlässliche und unbürokratische Unterstützung. Das fördert*

356 *kulturelle Teilhabe für alle.*

357 Wir setzen uns ein:

- 358 • für die Förderung und den Erhalt von Initiativen und Orten wie dem W1, M26, dem
- 359 Kulturviertel -Prinz-Leopold-Kaserne oder dem Schreiberhaus sowie eine
- 360 Förderung von bestehenden kulturellen Projekten sowie neuen kulturellen
- 361 Projekten, wie einem selbstverwalteten Jugend- und Kulturzentrum im ehemaligen
- 362 Galeria Kaufhof Gebäude am Neupfarrplatz.
- 363
- 364 • für ausreichend kostenlose Räume für ehrenamtliches Engagement in jedem
- 365 Stadtteil.
- 366 • für einen starken Einbezug von Initiativen, Kunst- und Kulturvereinen bei
- 367 kulturellen Projekten.

- 368 • für die Fortschreibung des Kulturentwicklungsplans.
- 369 • für die Schaffung eines zentralen „Haus für Engagement“ mit integrierter Bühne
- 370 (z.B. für Laienschauspiel- und Musikgruppen) und Ausstellungsräumen.
- 371 • für die Stärkung von interkultureller Begegnung in Regensburg.
- 372 • für einen Stopp der Vergabe des Bürger*innenfestes an kommerzielle Interessen –
- 373 von Bürger*innen für Bürger*innen.

374

375 **2.8 Barrierefreies Regensburg**

376 *Öffentliche Gebäude, Verkehrseinrichtungen und städtische Räume sollen für alle*
377 *Menschen zugänglich sein – unabhängig von Einschränkungen. Wir wollen*
378 *Barrierefreiheit umfassend herstellen und (auch) die Privatwirtschaft dazu verpflichten.*
379 *Dies kann nur unter Einbezug der Betroffenen geschehen.*

380 Wir setzen uns ein:

- 381 • für ein barrierefreies Regensburg unter starkem Einbezug von Betroffenen.
- 382 • für die barrierefreie Gestaltung aller städtischen Bauprojekte.
- 383 • für die Unterstützung des Einzelhandels, Ämter etc. bei der Umsetzung einer
- 384 Stillen Stunde.
- 385 • für eine bessere Bewerbung des kostenlosen und niedrighschwelligen Zugangs für
- 386 Alle durch Ämterlots*innen, die bei Amtsgängen unterstützen und bei Fragen rund
- 387 um die Stadtverwaltung und Teilhabe unterstützen.
- 388 • für bauliche Veränderungen an Orten, die aktuell nicht barrierefrei sind.

389

3 Gute Arbeit

Gute Arbeit ist ein Schlüssel zu einem solidarischen und selbstbestimmten Leben. Arbeit darf nicht krank machen - gesunde Arbeit braucht Tarifbindung, Personalbemessung und Mitbestimmung. Der Niedriglohnsektor, Befristungen, schlechte Arbeitsbedingungen und Leiharbeit fördern Überlastung im Job.

Der Fachkräftemangel ist inzwischen allgegenwärtig. Die Arbeitsbedingungen müssen sich ändern. Produktives Arbeiten bis zur Rente ist nur mit stärkerer Entlastung, besserer Vereinbarkeit von Arbeit und Leben und mehr Mitbestimmung möglich. Wir wollen demokratische Rechte im Betrieb, ebenso wie in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen, stärken. Beschäftigte erwarten zu Recht, dass ihre Arbeit zu ihrem Leben passen muss. Das ist auch volkswirtschaftlich vernünftig.

*Auch auf kommunaler Ebene müssen die Arbeiter*innen gehört und ihre Anliegen umgesetzt werden. Wir wollen einen starken Austausch mit ihnen und den Interessensvertretungen fördern und führen und ihre Anliegen umsetzen.*

3.1 Arbeit und Ausbildung

Gute Löhne und Arbeitsbedingungen sowie eine qualifizierte Ausbildung sind das beste Mittel gegen Personal- und Fachkräftemangel. Die öffentliche Verwaltung muss hier mit gutem Beispiel voran gehen und gleichzeitig lokale Unternehmen die tarifgebunden beschäftigen und ausbilden stärken sowie beim Wandel unterstützen.

Wir setzen uns ein:

- für die Schaffung guter Arbeitsplätze durch die Stadt Regensburg.
- für sichere, tarifgebundene Beschäftigungsverhältnisse und gegen Leiharbeit.
- für eine Ausbildungsoffensive in der städtischen Verwaltung und in den Beteiligungsunternehmen.
- für eine Verbesserung der Tarifbedingungen für kommunale Beschäftigte.
- für starke Personal- und Betriebsräte sowie starke Jugend- und Auszubildendenvertretungen und eine enge, partnerschaftliche Zusammenarbeit mit diesen.
- gegen Subventionen an Unternehmen ohne Tarifbindung.
- für die Rückführung von ausgelagerten Dienstleistungen in die kommunale Verantwortung.
- für eine starke Inklusion in der Stadt Regensburg (z.B. durch Job Carving).
- für die garantierte Übernahme von Auszubildenden bei der Stadt und in städtischen Betrieben nach ihrer Ausbildung.

- 425 • für ein kostenloses und niedrighschwelliges, mehrsprachiges, arbeitsrechtliches
426 Beratungsangebot der Stadt für Beschäftigte.
- 427 • für die Einführung eines kommunalen Programms und einer kommunalen
428 Beratungsstelle gegen Mindestlohnbetrug und prekäre
429 Beschäftigungsverhältnisse, die an zuständige Behörden und Stellen
430 weitervermittelt.
- 431 • für die Einführung eines kommunalen Programms und einer kommunalen
432 Beratungsstelle gegen Union Busting, die an zuständige Behörden und Stellen
433 weitervermittelt.
- 434 • für eine Vergabe von städtischen Aufgaben nur an Firmen, die einem Tarifvertrag
435 unterliegen.
- 436 • für ein städtisches Tarif-Register, das umfasst, welche mit der Stadt
437 kooperierenden Unternehmen einem Tarifvertrag unterliegen.
- 438 • gegen sogenannte lange Einkaufsnächte sowie offene Sonntage auf Kosten der
439 Beschäftigten.
- 440 • für eine Reduzierung der regulären Wochenarbeitszeit von städtischen
441 Angestellten und Beamt*innen auf 32 Stunden (4-Tage-Woche) bei vollem
442 Lohnausgleich.

443

444 **3.2 Wirtschaft**

445 *Wir wollen eine Wirtschaftspolitik für die Mehrheit, die breiten gesellschaftlichen*
446 *Wohlstand schafft und von der nicht nur einige Superreiche profitieren. Dazu brauchen*
447 *wir verlässliche Infrastruktur, ausgebildete Fachkräfte und hohe Menschenrechts- und*
448 *Umweltstandards.*

449 *Wir brauchen einen zügigen und grundlegenden Umbau der Wirtschaft: Unsere*
450 *Produktions- und Lebensweise muss klimaneutral werden, Innovation muss gefördert*
451 *und Beschäftigte in ihrer Mitbestimmung gestärkt werden.*

452 *Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit sind für uns untrennbare Kernkomponenten einer*
453 *Wirtschaftspolitik die langfristig und nachhaltig allen Regensburger*innen zugutekommt.*

454 Wir setzen uns ein:

- 455 • für eine Ansiedlung von Firmen, die mindestens teilweise in der Hand der
456 Beschäftigten sind.
- 457 • für die Nutzbarmachung leerstehender Gewerbeflächen.
- 458 • für Ansiedlungen von Firmen, die nachhaltig produzieren oder nachhaltige
459 Vorgängerprodukte beziehen; hierfür muss von den Firmen ein regelmäßiger
460 Nachweis erbracht werden.

- 461 • für einen Vorzug bei der Ansiedlung von Firmen, die einem Tarifvertrag
462 unterliegen und auf Leiharbeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse
463 verzichten.
- 464 • für ein umfassendes Beratungsangebot der Stadt für lokale Firmen zur Steigerung
465 des ökologisch nachhaltigen Wirtschaftens.
- 466 • für eine Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe in Absprache mit
467 Nachbargemeinden; so werden Transportwege minimiert und Emissionen
468 reduziert.
- 469 • für einen stärkeren Einbezug der Gewerkschaften bei wirtschaftlichen
470 Entscheidungen. Die Stadt soll Gewerkschaften frühzeitig in wirtschafts- und
471 standortpolitische Entscheidungen einbinden.
- 472 • für die Einführung eines kommunalen Gewerbenietendeckels, der kleine
473 Unternehmen, lokale Betriebe und soziale Initiativen vor Verdrängung zu schützt.
- 474 • für die Förderung kommunaler Gewerbehöfe, in denen kleine Unternehmen,
475 kulturelle und soziale Projekte zu fairen Mieten angesiedelt werden.
- 476 • für ein kommunales Lobbyregister von städtischen Angestellten sowie
477 Stadträt*innen und Bürgermeister*innen, in welchem Treffen mit
478 Wirtschaftsvertreter*innen und Interessensvertreter*innen transparent erfasst
479 werden.
- 480 • für kommunale Beiräte im Bereich Arbeit und Soziales, in denen Gewerkschaften
481 und Beschäftigte vertreten sind.
- 482

4 Sozialökologischer Umbau

Die Klimakrise trifft auch Regensburg. Die Stadt ist stark versiegelt und kaum auf die Folgen des Klimawandels vorbereitet. Viel zu heiße Böden im Sommer und zu wenig Schatten und kühle Plätze an heißen Tagen sind gerade für ältere Menschen, Kinder und Menschen, die in der Hitze arbeiten müssen, lebensgefährlich. Gleichzeitig nehmen Extremwetterereignisse in Bayern und Regensburg zu.

Wir wollen eine Stadtpolitik umsetzen, die Emissionen vermeidet, das Klima schützt und auf die Folgen des Klimawandels vorbereitet ist. Unsere Vision: eine klimafreundliche Stadt, die für alle lebenswert ist – nicht nur für die, die sich Klimaschutz leisten können.

4.1 Klimaneutralität sofort – und zwar sozial gerecht

Regensburg müsste längst Klimaneutral sein. Das CO₂-Budget Deutschlands, um das 1,5 Grad-Ziel einzuhalten ist bereits aufgebraucht. Mit einem städtischen Investitionsprogramm für Gebäudesanierungen, einer nachhaltigen kommunalen Wärmeplanung, dem Ausbau von erneuerbaren Energien und einem starken ÖPNV wollen wir Klimaneutralität erreichen. Gerecht, sozial und für alle bezahlbar.

Wir setzen uns ein:

- für mehr eigene Energieproduktion mit Wind, Sonne und Wärme.
- für städtische Wind- und Solarparks in öffentlicher Hand.
- für eine Solarpflicht für Neubauten und öffentliche Gebäude und eine Nachrüstungsstrategie für bestehende Gebäude.
- für ein faires Förderprogramm für Gebäudesanierung damit Sanierungskosten nicht auf die Mieter*innen umgelegt werden.
- für eine Priorisierung der Leerstandsnutzung über Neubauten.
- einen kommunalen Bauwende-Plan, der soziale Gerechtigkeit und Klimaneutralität zusammenbringt – für ein gutes Zuhause und eine lebenswerte Zukunft für alle.

4.2 Hitzeschutz, Anpassung & Naturerhalt – statt einer Steinwüste Regensburg

Die Folgen der Klimakrise sind vor allem im städtischen Raum zu spüren. Starke Hitze in den versiegelten Straßenzügen, wenig Frischluft, überlastete Kanalisationen bei Unwetter. Menschen mit geringen und mittleren Einkommen treffen die Folgen oft zuerst.

Wir wollen Regensburg umbauen: ökologisch, sozial gerecht und vorausschauend.

Wir setzen uns ein:

- 518 • für einen flächendeckenden Ausbau von öffentlichen Trinkwasserstellen.
- 519 • für ausreichend schattenspendende Maßnahmen und flächendeckende
- 520 Begrünung von Straßenrändern, Fassaden und Dächern mit hitzeresistenten
- 521 Pflanzen.
- 522 • für echten Artenschutz bei Bauvorhaben. gegen öffentliche Bauprojekte, die
- 523 Lebensräume gefährden. und für einen Bebauungsstopp von Biotopen – ohne
- 524 Ausnahmen. für den Schutz fruchtbarer Böden.
- 525 • für Maßnahmen gegen neue Versiegelung, z. B. durch eine städtische
- 526 Entsiegelungsoffensive, eine Beteiligungskampagne für Entsiegelungsideen und
- 527 die Verdoppelung von Ausgleichsflächen, falls Versiegelung unvermeidbar ist.
- 528 • für einen besseren Umgang mit der Ressource Wasser, durch eine
- 529 vorausschauende Wasserstrategie, verbindliche Wasseranalysen für
- 530 Großverbraucher*innen, starke Grenzen bei der industriellen Wassernutzung und
- 531 die bessere Nutzung von Regenwasser.
- 532 • für renaturierte Ufer statt Betonmauern. die Sicherung von Rückhalteflächen in
- 533 Zusammenarbeit mit dem Landkreis und für die Hochwasservorsorge bei neuen
- 534 Bauprojekten.
- 535 • gegen den Bau einer CO₂-Pipeline durch Regensburg.

536

537 **4.3 Klimagerechtigkeit – global denken, lokal handeln**

538 *Die Klimakrise trifft nicht alle Menschen gleich. Auch in Regensburg treffen sie vor allem*
 539 *Menschen mit geringen oder mittleren Einkommen., Alleinerziehende oder ältere*
 540 *Menschen. Wir setzen uns für eine Klimapolitik ein, die für alle gerecht und zugänglich*
 541 *ist. Fehlende Ressourcen und Mittel sollen nicht dazu führen, dass Menschen unter den*
 542 *Folgen der Krise leiden müssen. Auch denken wir Krise international und denken an*
 543 *unsere Partnerstädte.*

544 Wir setzen uns ein:

- 545 • für eine Unterstützung unserer Partnerstädte in Fragen der Klimaanpassung
- 546 und des Klimaschutzes. Insbesondere Odessa in der Ukraine wird unsere
- 547 Unterstützung benötigen und soll von Regensburger Expertise (bspw. durch die
- 548 Energieagentur) profitieren.
- 549 • für eine Ausweitung des Partnerstädteprogramms, vor allem auf Städte im
- 550 globalen Süden, um diese zu unterstützen.
- 551 • für neue Parks, und Gemeinschaftsgärten im ganzen Stadtgebiet.
- 552 • für einen konsequenten Einbezug von Klimagerechtigkeit in alle Felder der
- 553 Stadtpolitik.

- 554 • für einen Bürger*innenrat mit wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher
555 Begleitung, um Klimaschutz und Klimaanpassung demokratisch zu gestalten.
- 556 • für einen halbjährlichen Austausch zu Klimaanpassung und Klimaschutz des*der
557 Oberbürgermeister*in mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

558

559 **4.4 Energieversorgung demokratisch, ökologisch & günstig** 560 **gestalten**

561 *Energie ist essenziell für Menschen und Wirtschaft. Wir wollen sie demokratisch*
562 *verwalten, mit echter Mitbestimmung für die Stadtgesellschaft. Energieversorgung muss*
563 *in die öffentliche Hand überführt werden, so kann sie bezahlbar und klimaneutral*
564 *werden.*

565 Wir setzen uns ein:

- 566 • für vollständigen Rückkauf der REWAG.
- 567 • für die Überführung der REWAG in eine kommunale Genossenschaft nach
568 Rückkauf, in der Bürger*innen Anteile halten können.
- 569 • für einen demokratisch gebildeten Aufsichtsrat aus Genossenschafts-
570 Beschäftigten- und Stadtratsvertreter*innen.
- 571 • für ein kostenloses Strom-Grundkontingent für jeden Haushalt.
- 572 • für ein Verbot von Stromsperren; Niemand darf wegen unbezahlter Rechnung vom
573 Netz getrennt werden.
- 574 • für faire Flexpreise, die Börsenkurse authentisch reflektieren – ohne
575 unverhältnismäßige Gewinnmargen, sodass jede*r motiviert ist, Strom dann zu
576 nutzen, wenn er klimafreundlich erzeugt wird.

577

578 **4.5 Kostenloses, pflanzliches Essen – für Umwelt, Tierwohl** 579 **und Zukunft**

580 *Unsere Ernährungsgewohnheiten resultieren in Tierleid, klimaschädlichen Emissionen*
581 *und Umweltzerstörung. Das muss aufhören!*

582 *Wir möchten eine sozial gerechte, nachhaltige und pflanzenbasierte Ernährungswende*
583 *fördern, in der Stadt und den öffentlichen Einrichtungen. In unserer Stadt soll*
584 *Massentierhaltung keinen Platz mehr haben, aber alle sollen Zugang zu gesunden und*
585 *warmen Mahlzeiten haben.*

586 Wir setzen uns ein:

- 587 • für ein veganes Angebot in städtischen Kantinen – mit mindestens einem
588 kostenlosen Gericht täglich.

- 589 • für die Förderung pflanzenbasierter Gastronomie.
- 590 • für vegane Ernährungsworkshops und Pilot-Projekte an Bildungseinrichtungen.
- 591 • für eine städtisch geförderte Professur für pflanzliche Ernährung an der
- 592 Universität Regensburg.
- 593 • für eine Studie „Vegan in Regensburg“, die Bedarfe analysieren und
- 594 Handlungsstrategien für die nächsten Jahre entwickeln kann.

595

596 **4.6 Ganzheitlicher Tierschutz**

597 *Eine nachhaltige und ökologische Stadtverwaltung und Planung müssen den Tier-,*
598 *Arten- und Naturschutz beinhalten. Das wollen wir konsequent umsetzen, im Stadtrat*
599 *und in der Verwaltung.*

600 Wir setzen uns ein:

- 601 • für eine Stadtverwaltung, in der keine tierischen Produkte (z. B. Leder) genutzt
- 602 und eingekauft werden.
- 603 • für eine stärkere Unterstützung von Tierwohlorganisationen in Regensburg und
- 604 Umgebung.
- 605 • gegen eine Nutzung von kommunalen Flächen durch Shows, in denen Tiere als
- 606 Attraktion genutzt werden.
- 607 • für ein Verbot von tierausbeutenden, -schädigende Praktiken (Tauben freilassen,
- 608 Reis werfen) bei Standesämtern und in städtischen Veranstaltungsräumen.
- 609 • für ein Böllerverbot im gesamten Stadtgebiet.
- 610 • gegen die Ausbeutung von Tieren bei Veranstaltungen
- 611 • für die Einrichtung einer Tiertafel für Menschen, die sich Tierfutter nicht leisten
- 612 können.
- 613 • für die Einrichtung eines kommunalen Härtefallfonds zur Unterstützung von
- 614 Menschen ohne oder mit geringem Einkommen bei hohen Tierarztkosten
- 615 • für weitere Taubenschläge im Stadtgebiet.

616

617 **5 Nachhaltiger Verkehr**

618 *Um den Verkehr in Regensburg nachhaltig zugänglich und sozial zu gestalten, setzten*
619 *wir uns für ein ökologisch optimiertes Verkehrskonzept ein. Dabei soll der motorisierte*
620 *Individualverkehr weitgehend reduziert werden und stattdessen ÖPNV, Rad- und*
621 *Fußverkehr vorrangig ausgebaut werden.*

622 *Damit schaffen wir nicht nur alternative Verkehrswege, sondern auch öffentlich nutzbare*
623 *Flächen für die Allgemeinheit und einen Zuwachs von Lebensqualität in Wohnvierteln.*

624 *Auch der barrierefreie Zugang zum öffentlichen Raum muss mit einbezogen werden: Die*
625 *Erweiterung des Straßenverkehrs für Fußgänger*innen und Fahrrad darf nicht auf*
626 *Kosten von Menschen mit Einschränkungen vorstattengehen, sondern muss diese in die*
627 *Planung von vornherein einbeziehen.*

628

629 **5.1 Öffentlicher Personennahverkehr**

630 *Ein flächendeckender, kostenloser ÖPNV schafft Anreize das Auto stehen zu lassen und*
631 *mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer*innen. So wird das gesamte Stadtgebiet*
632 *entlastet.*

633 Wir setzen uns ein:

- 634 • für einen kostenlosen ÖPNV in Regensburg und Umland, mindestens aber für
635 einen kostenlosen ÖPNV für Menschen mit Stadtpass.
- 636 • gegen die Strafverfolgung von fahrscheinlosem Fahren.
- 637 • für die Einführung einer Stadtbahn in Regensburg mit ergänzenden
638 Oberleitungsbussen.
- 639 • für den verstärkten Einsatz der Stadt bei der Bayerischen Eisenbahngesellschaft
640 (BEG) für eine funktionierende S-Bahn, die weit ins Umland reicht.
- 641 • für die Nutzung und die Wiederaufbereitung von alter Gleisinfrastuktur.
- 642 • für Buslinien, die auch die verschiedenen Stadtteile sowie die Wohngebiete (ohne
643 Hauptbahnhof) mit den Industrie- und Gewerbestandorten direkt verbinden
644 (Tangentialbuslinien).
- 645 • Für ein Bussystem mit emissionslosen Antriebstechnologien, hoher Taktung, und
646 einer flächendeckenden Ampel-Vorrangschaltung sowie durchgehende Busspuren
647 auf den jetzt noch vierspurigen Straßen.
- 648 • für abgestimmte Fahrpläne der einzelnen Verkehrsträger und enge Verknüpfung
649 der einzelnen Verkehrsarten (z. B. bei Bahn und Bus).
- 650 • für Park and Ride-Anlagen am Stadtrand mit entsprechenden Busanbindungen in
651 die Innenstadt und gegen den Bau weiterer kostspieliger Parkhäuser in der
652 Innenstadt.

- 653 • gegen ein Parkhaus am Unteren Wöhrd zu Lasten der Anwohner*innen und
654 Natur.
- 655 • für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der
656 Verkehrsbetrieb.

657

658 **5.2 Fahrrad- und Fußverkehr**

659 *Kurze Wege mit dem Fahrrad oder zu Fuß zurückzulegen ist gesund, bereitet Freude und*
660 *schützt das Klima. Wir wollen, dass Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen nicht*
661 *mehr Verkehrsteilnehmer*innen zweiter Klasse sind.*

662 Wir setzen uns ein:

- 663 • für eine Anpassung der Ampelschaltzeiten auf die Bedürfnisse der Fußgänger-
664 und Radfahrer*innen.
- 665 • für die bauliche Trennung von Rad- und Autoverkehr, besonders an gefährlichen
666 Straßen und Kreuzungen.
- 667 • für eine ausreichende (Lasten-)Rad-Stellplatzquote für Unternehmen.
- 668 • für eine zügige Umsetzung der durchgängigen Hauptradrouten (Regensburger
669 Radlrouten).
- 670 • für absenkbare Pfähle, um die Innenstadt von Durchgangsverkehr zu schützen.
- 671 • gegen kostenlose (Kurzzeit-)Parkplätze in der Innenstadt.
- 672 • für verbesserte Fahrrad- und Fußverkehrsverbindung zwischen Altstadt, OTH und
673 Universität durch gezielten Bau von Fahrradbrücken.
- 674 • für mehr überdachte (Lasten-)Fahrradstellplätze (z.B.
675 Hauptbahnhof) mit allgemein zugänglichen Fahrrad-Reparaturstationen.
- 676 • für Fahrradstellplätze an Bushaltestellen.
- 677 • für weitere Fußgängerzonen und verkehrsberuhigte Zonen.
- 678 • für den Ausbau eines Lastenrad-Sharing-Systems.
- 679 • für die Abschaffung des Stellplatzgebots.
- 680 • für eine Bündelung des Lieferverkehrs an dezentralen Stellen im Stadtgebiet
681 (Citylogistik).
- 682 • für Ausweitung der Tempo 30-Zone über die gesamte Stadt und die Einrichtung
683 von Spielstraßen vor allen Kinder-, Jugend- und Pflegeeinrichtungen gegen den
684 Bau der Sallerner Regenbrücke und die Erweiterung und Einhausung der
685 Nordgaustraße.

- 686 • für den Neu- und Ausbau von Straßen ausschließlich in Ausnahmefällen und mit
687 Fokus auf den Umweltverbund, etwa zur Erschließung neuer Stadtgebiete.
- 688 • für die Unterstützung von dezentralen Carsharingkonzepten.
- 689 • für den Ausbau des E-Carsharingangebots der REWAG.
- 690

691 **6 Gute Gesundheit**

692 *Eine grundsätzliche Reform des Gesundheitswesens ist dringend notwendig. Auch in*
693 *Regensburg wird die Situation kritischer: monatelange Wartezeiten für Facharzttermine*
694 *sind die Regel, die Nachfrage nach Therapieplätzen übersteigt das Angebot bei weitem*
695 *und immer weniger Leistungen werden von den Krankenkassen übernommen.*

696 *Dies trifft einige Bevölkerungsgruppen überproportional: Wer arm ist, stirbt im*
697 *Durchschnitt früher, wird häufiger schwer krank oder pflegebedürftig. Schuld daran sind*
698 *u.a. schlechte Arbeits- und Wohnbedingungen, prekäre Lebensverhältnisse, eine*
699 *mangelhafte Förderung von Prävention und gesunden Lebensweisen, aber auch*
700 *unzureichender Zugang zu medizinischer Behandlung.*

701 *Gesundheitsfürsorge darf kein Luxus sein!*

702

703 **6.1 Gesundheit für alle**

704 *Eine privatisierte und auf Gewinn ausgerichtete Gesundheitsversorgung und eine Zwei-*
705 *Klassen-Medizin lehnen wir ab. Alle Regensburger*innen benötigen Zugang zu guter*
706 *Versorgung.*

707 Wir setzen uns ein:

- 708 • für die Überführung der Krankenversorgung in öffentliche Hand.
- 709 • für einen flächendeckenden Zugang zu medizinischen Behandlungen, auch in
710 schwierigen Lebenslagen wie Erwerbs- oder Wohnungslosigkeit u. a. durch ein
711 mobiles Behandlungsangebot.
- 712 • für Präventions- und Gesundheitsförderungsprogramme an Schulen und
713 städtischen Bildungseinrichtungen, durchgeführt von unabhängigen Fachstellen.

714 **6.2 Drogenpolitik**

715 *Ein Verbot von Drogen reduziert weder den Drogenhandel noch senkt es wirksam den*
716 *Konsum. Viele Probleme entstehen erst durch die Kriminalisierung, etwa*
717 *Gesundheitsschäden durch Verunreinigungen, der soziale Absturz von Menschen mit*
718 *Suchtproblemen und die Förderung der organisierten Kriminalität. Zugleich bindet die*
719 *staatliche Repression erhebliche finanzielle Mittel.*

720 Wir setzen uns ein:

- 721 • für einen regelmäßigen Drogenbericht über die Situation in Regensburg zur
722 Entwicklung geeigneter Maßnahmen zur vorurteilsfreien Aufklärung.
- 723 • für den Ausbau und die Förderung des Spritzentauschprogrammes und sichere,
724 flächendeckende Abgabestellen von Spritzbesteck.
- 725 • für die Schaffung von sicheren Konsumräumen und Aufklärungsangeboten.

- 726 • für die Schaffung eines breiteren Netzes an Suchtberatungsstellen sowie
- 727 therapeutischen Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Suchtkranken.
- 728 • für eine stärkere Zusammenarbeit mit Drugstop Regensburg.
- 729 • für kostenloses Drugtesting zur Gesundheitsvorsorge.

730

731 **6.3 Psychische Gesundheit**

732 *Immer mehr Menschen leiden an psychischen Beschwerden. Burnout, Depressionen und*

733 *Angststörungen betreffen alle Bevölkerungsgruppen, oft bereits im Kindes- oder*

734 *Jugendalter. Hier besteht dringender Verbesserungsbedarf bei der lokalen Versorgung.*

735 *Wartezeiten für Therapieplätze müssen durch ein verbessertes Angebot deutlich*

736 *reduziert werden.*

737 Wir setzen uns ein:

- 738 • für den Ausbau des Zugangs zu Psychotherapieplätzen (in Zusammenarbeit mit
- 739 den Gesundheitskassen und benachbarten Landkreisen).
- 740 • für eine Unterstützung der Selbsthilfegruppen durch Bereitstellung geeigneter
- 741 Infrastruktur und Mittel.
- 742 • für Präventionsarbeit und Bildungsarbeit in Bildungseinrichtungen.

743

744 **6.4 FLINTA*-Gesundheit und reproduktive Rechte**

745 *Die Versorgungslage für FLINTA*-Personen ist oft besonders kritisch. Inzwischen bietet*

746 *nur noch eine Praxis in Regensburg Schwangerschaftsabbrüche an. Auch sind die*

747 *Aufklärungs- und Informationsangebote mangelhaft.*

748 Wir setzen uns ein:

- 749 • für eine finanzielle Unterstützung von Hebammen und gegebenenfalls Einrichtung
- 750 eines kommunalen Geburtshauses.
- 751 • für garantierten und sicheren Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen und
- 752 konsequenten Vollzug des Verbots der Gehsteigbelästigung.
- 753 • für bessere, breit gefächerte, städtische inkludierende Beratungsangebote von
- 754 FLINTA* für FLINTA*, um einen sicheren Ort für alle zu schaffen.
- 755 • für gezielte Bildungsangebote rund um FLINTA*-Themen, angelehnt an echte
- 756 Erfahrungen von FLINTA*-Personen.
- 757 • für eine aktive Bekämpfung der Gender Health Gap und eine diskriminierungs-
- 758 und stigmatisierungsfreie Behandlung von FLINTA*-Personen.

759

7 Ein Regensburg für Kinder- und Jugendliche

Kinder sind unsere Zukunft und besonders schutzbedürftig. Deshalb muss Familienpolitik zentrale Aufgabe der Kommune sein. Besonders ein Leben in Armut belastet Kinder langfristig. Um dem entgegenzuwirken, müssen wir Familien finanziell entlasten und mit geeigneten Betreuungsangeboten unterstützen. Neben kostenlosen Kitas ist auch der Ausbau familiengerechter Öffnungszeiten und die Schaffung flexibler Angebote zentral. Auch inklusive Bildung und Betreuung muss von Anfang an gewährleistet sein.

Jedes Kind soll an Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten teilhaben können. Doch viele Angebote sind für Kinder aus einkommensschwachen Haushalten kaum zugänglich.

7.1 Familien stärken – Kinderarmut überwinden

Für Die Linke ist Familie dort, wo Menschen füreinander soziale Verantwortung übernehmen – unabhängig von Tauschein, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität. Wir wollen die gesamtgesellschaftliche Verantwortung stärken und allen Menschen ermöglichen, ein gutes Leben ohne Zukunftsangst zu führen, und materielle Nachteile ausgleichen. Die soziale Absicherung – besonders von Alleinerziehenden und FLINTA-Personen – muss sicher vor Armut schützen und Familie und Beruf müssen leichter zu vereinbaren sein.*

Wir setzen uns ein:

- für kostenlose Betreuungs- und Förderangebote in jedem Stadtteil.
- für gesunde, nachhaltige und kostenlose Verpflegung in allen städtischen Schulen und Kindertagesstätten.
- für Inklusionsprogramme in allen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen.
- für mehr und angepasste Wohnformen und Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen.
- für das konsequente Einhalten der Standards des EU-Siegels der kinderfreundlichen Kommune.
- für die Einrichtung von geschlechtsneutralen Wickelräumen in öffentlichen Räumen
- für eine Studie zur Erfassung des Bedarfs an pädagogischen Fachkräften, Betreuungs- und Fördereinrichtungen.

793 **7.2 Kulturelle und soziale Teilhabe für alle Kinder und** 794 **Jugendlichen**

795 *Kulturelle und soziale Teilhabe darf nicht vom Geldbeutel abhängen – insbesondere*
796 *nicht für Kinder und Jugendliche. Sie bilden Gemeinschaft, fördern die persönliche*
797 *Entwicklung und unterstützen Schulen in ihrem Bildungsauftrag.*

798 Wir setzen uns ein:

- 799 • Für kostenlosen Zugang zu Freizeit- und Kultureinrichtungen wie Museen,
800 Schwimmbäder und Theater.
- 801 • für mehr beitragsfreie Spiel- und Freizeitangebote, familienfreundliche
802 Veranstaltungszeiten sowie kulturelle Förderung vor Ort durch Jugend- und
803 Familienzentren in allen Stadtteilen.
- 804 • für das Bereitstellen von kostenlosen musikalischen, künstlerischen und
805 sportlichen Angeboten.
- 806 • für die Anerkennung von Skateparks als Sportstätten.
- 807 • für eine verstärkte Unterstützung von Jugendwerkstätten.
- 808 • für die Aufstellung eines kommunalen Kinder- und Jugendförderplans.

809

8 Queerfeministische Politik

Noch immer ist vielen queeren und vor allem FLINTA*-Personen das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben verwehrt. Sie erhalten durchschnittlich weniger Geld und arbeiten fast doppelt so häufig im Niedriglohnsektor. Wir verstehen uns als sozialistische und queerfeministische Partei und streben die umfassende Gleichstellung aller geschlechtlichen Identitäten an. Darüber hinaus setzen wir uns für die volle Gleichberechtigung aller sexuellen Orientierungen ein.

Unser Ziel ist die gerechte Umverteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit, von Haus- und Erwerbsarbeit sowie von sozialen, politischen, kulturellen und ökonomischen Machtressourcen zwischen allen geschlechtlichen Identitäten.

Wir setzen uns ein:

- für Rahmenbedingungen, die eine ausgewogene, selbstbestimmte und geschlechtergerechte Verteilung der Sorgearbeit unterstützen; insbesondere durch eine ausreichende Kinderbetreuung, auch in Ferienzeiten, flexible Arbeitszeitmodelle, Karriereförderung für FLINTA*-Personen.
- für einen verbindlichen Einfluss der Gleichberechtigungsstelle auf Entscheidungen.
- für einen besseren Schutz von queeren Orten, Jugendzentren, Projekten, Bars und Clubs – auch vor Wuchermieten und Kürzungen staatlicher Zuschüsse.
- für die Stärkung queerer Selbstorganisation.
- für die Förderung von Programmen und Schutzeinrichtungen, wie Frauenhäusern und Second-Stage-Projekten, zur Bekämpfung von Gewalt und Diskriminierung, gegenüber queeren Menschen und FLINTA*-Personen.
- für die Förderung und Ausbau von LGBTQIA+-Projekten.
- für einen diskriminierungsfreien Zugang zu staatlichen Leistungen, insbesondere für trans, inter und nicht-binäre Menschen, und die Verwendung geschlechtersensibler Sprache in der Stadtverwaltung.
- für eine Zusammenarbeit mit Trägern wie dem Stadtjugendring und anderen Organisationen, die gezielt Angebote zu Themen wie Patriarchat, Aufklärung, sexuelle Selbstbestimmung, Menstruation, geschlechtsneutrale Berufsberatung, Bildungs- und Aufklärungsangebote für Erziehungspersonen, etc. schaffen.
- für einen Ausbau von Fort- und Weiterbildungsangeboten speziell für FLINTA*-Personen.
- für Entlastungs- und Urlaubsangebote für häuslich Pflegende.
- für die Unterstützung solidarischer Projekte wie Nachbarschaftshilfen.

- 845 • für die Erstellung einer Studie zu queerem Leben in Regensburg mit dem Ziel einer
846 Evaluation des Ist-Zustands und Handlungsempfehlungen zur Verbesserung in
847 Zukunft.

848 **9 Flucht und Migration**

849 *Die Linke steht für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft, in der alle Menschen*
850 *unabhängig von Pass, Herkunft, Hautfarbe, kultureller oder religiöser Zugehörigkeit die*
851 *gleichen Rechte und Chancen haben.*

852 *Die Migrationsdebatte von rechts macht Migrant*innen und Geflüchtete zu*
853 *Sündenböcken für die verfehlte Politik im Interesse der Reichen. Dieser Entwicklung*
854 *stellen wir uns klar entgegen. Menschenrechte dürfen nicht an Bedingungen geknüpft*
855 *werden.*

856 Wir setzen uns ein:

- 857 • für die Schließung der Ankerzentren. Stattdessen fordern wir reguläre
858 Unterbringung von Geflüchteten und faire Asylverfahren.
- 859 • gegen Abschiebungen nach Afghanistan und in andere Kriegs- und Krisengebiete.
- 860 • gegen die Bezahlkarte für geflüchtete Menschen. Stattdessen soll die Stadt
861 Regensburg sich für eine Dropout-Option für Kommunen einsetzen, wie sie in
862 anderen Bundesländern bereits existiert.
- 863 • für die Aufnahme aller Menschen, die vor Krieg und Vertreibung wie dem Genozid
864 in Gaza, dem Terror der Hamas, dem furchtbaren Krieg im Sudan, dem
865 völkerrechtswidrigen Angriff in der Ukraine und allen weiteren Konflikten fliehen.
- 866 • für einen stärkeren Einbezug migrantischer Perspektiven in die Stadtpolitik und
867 die Gestaltung des öffentlichen Raums.
- 868 • für den Ausbau der barrierefreien Sprach- und Integrationskurse mit kostenloser
869 Kinderbetreuung in Teil- und Vollzeit.
- 870 • für eine migrationsfreundliche Verwaltung, insbesondere durch mehr
871 Mitarbeitende in den Behörden und eine unabhängige Asylsozialberatung, die
872 nicht im BAMF oder im AIM angesiedelt ist.
- 873 • für Behörden als Schutzräume für Migrant*innen und Geflüchtete. Es darf nicht
874 aus Behörden heraus abgeschoben werden.
- 875 • für die Ausstellung eines Vormerkbescheides für Personen mit
876 Auszugsgestattung, um diesen die Wohnungssuche zu erleichtern.
- 877 • für eine konsequente Anwendung des Aufenthaltsgesetzes - insbesondere der §§
878 25 insb. Abs. 5, 25a und 25b AufenthG - zum Wohle der Betroffenen.
- 879 • für eine konsequente Umsetzung der EU-Aufnahmerichtlinie (2013/33/EU,
880 vormals 2003/9/EG) und der Istanbul-Konvention zum Wohle der Betroffenen.
- 881 • für eine Verbesserung der psychosozialen und medizinische Versorgung der
882 Geflüchteten, durch eine dauerhafte Finanzierung eines psychosozialen Zentrums
883 zur Versorgung von Geflüchteten und Folteropfern.

- 884 • für die Ausschöpfung der Ermessensspielräume bei Ausbildungs- und
885 Arbeitserlaubnissen zugunsten der Geflüchteten und der Betriebe.
- 886 • gegen die Streichungen und Kürzungen von Sozialleistungen bei Problemen mit
887 der Passbeschaffung.
- 888 • für die finanzielle Unterstützung von Wohlfahrtsverbänden und Initiativen, die
889 Flüchtlingshilfe und Seenotrettung leisten.
- 890 • für eine städtische Aufnahme von aus dem Mittelmeer geretteten Geflüchteten
891 ohne Anrechnung auf den allgemeinen Verteilungsschlüssel.
- 892 • für Schulungen in interkultureller Kompetenz und Anti-Rassismus-Trainings für
893 Behördenmitarbeiter*innen.
- 894 • für eine wirksame Fürsorge und Sicherheit von FLINTA*-Geflüchteten.
- 895

896 **10 Frieden beginnt vor Ort**

897 *Wir wollen eine Politik, die bei Ungerechtigkeiten und Gewalt in der Welt nicht*
898 *wegschaut, sondern sich mit friedlichen Mitteln einmischt. Die Linke steht an der Seite*
899 *der Unterdrückten und der Angegriffenen.*

900 *Die Grundlage dafür schaffen wir vor Ort – auch in Regensburg. Ein Werbeverbot für die*
901 *Bundeswehr, insbesondere an Schulen und auf Bussen, ist nötig, um der Militarisierung*
902 *unserer Gesellschaft entgegenzuwirken. Die Stationierung von Mittelstreckenraketen in*
903 *der Oberpfalz muss auch von der Stadt Regensburg klar abgelehnt werden.*

904 **10.1 Antifaschismus und Erinnerungskultur**

905 *Die politischen Kräfte, die gesellschaftlichen Hass schüren, Ungleichheit befürworten*
906 *und menschliches Leben als unterschiedlich wertvoll einschätzen, werden lauter – auch*
907 *in Regensburg.*

908 *Dagegen braucht es eine soziale Politik für alle Menschen und massive Investitionen in*
909 *die öffentliche Infrastruktur, die eine Gesellschaft zusammenhält. Alle Menschen sind*
910 *gleichwertig und haben die gleichen Grundrechte. Von diesem fundamentalen Prinzip*
911 *werden wir niemals abrücken.*

912 Wir setzen uns ein:

- 913 • für die Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten, um Genehmigungen von
914 Kundgebungen, Demonstrationen, Mahnwachen und Aufmärschen
915 rechtsextremistischer Gruppierungen und Parteien in Regensburg zu verhindern.
- 916 • gegen die Vergabe öffentlicher Versammlungsräume für rechtsextremistische
917 Parteien, Vereine und Gruppierungen.
- 918 • für die Bekanntgabe von Aufmarschrouten und Versammlungsorten von
919 Rechtsextremen.
- 920 • für die Unterstützung und Förderung der Arbeit der in Regensburg aktiven
921 Initiativen und Gruppierungen, die sich der Bekämpfung von Antisemitismus,
922 Rassismus und Faschismus sowie der Förderung jüdischen Lebens widmen.
- 923 • für einen Ausbau von Dokumentations- und Beratungsstellen für Betroffene
924 rassistischer und rechtsextremistischer Gewalt.
- 925 • für die Förderung antifaschistischer Bildungsarbeit.
- 926 • für den besonderen Schutz von Orten jüdischer Zusammenkunft, wie Synagogen,
927 insbesondere an jüdischen Feiertagen.
- 928 • für eine aktive Erinnerungskultur und Aufarbeitung der Jahre von Faschismus und
929 Krieg in Regensburg. Das historische Museum der Stadt muss ergänzt werden
930 durch eine dauerhafte Ausstellung, die Verfolgung und Widerstand in Regensburg
931 dokumentiert.

- 932 • für eine konsequente Umsetzung des Gedenkkonzepts der Stadt Regensburg
- 933 • für den Schutz aller (religiösen) Minderheiten sowie aller Gruppen, die in der NS-
- 934 Zeit verfolgt und getötet wurden.
- 935 • für die Umbenennung aller Straßen und Orte mit NS-Bezug im Namen.
- 936 • für städtische Workshops und Bildungsangebote zur Aufklärung gegen
- 937 radikalisierte Propaganda.

938

939 **10.2 Antimilitarismus**

940 *Deutschland steht wegen der Rekrutierung Minderjähriger international in der Kritik. So*
 941 *fordert der UN-Kinderrechtsausschuss bereits seit 2008, das Rekrutierungsalter auf 18*
 942 *Jahre anzuheben. Laut dem Deutschen Bündnis Kindersoldaten untergrabe die BRD,*
 943 *diesen sog. straight 18 standard. Verschiedene Organisationen wie z.B. die GEW oder*
 944 *Terre des hommes fordern einen Stopp der Rekrutierung Minderjähriger und setzen sich*
 945 *für ein Werbeverbot der Bundeswehr an Schulen ein.*

946 Wir setzen uns ein:

- 947 • gegen die Einladung von Jugendoffizier*innen und Karriereberater*innen an
- 948 städtischen Schulen und Bildungseinrichtungen.
- 949 • für die Teilnahme pazifistischer bzw. militärkritischer Organisationen wie die
- 950 DFG/VK im Falle von Veranstaltungen mit der Bundeswehr an städtischen Schulen
- 951 oder Bildungseinrichtungen.
- 952 • dass im Falle der Reaktivierung der Wehrpflicht die Meldebehörde die betroffenen
- 953 Jugendlichen über die anstehende Weitergabe ihrer Daten an die Bundeswehr
- 954 informiert. Dem Schreiben soll ein Musterwiderspruch gemäß §59 c Abs. 2
- 955 Soldatengesetz i. V. m. § 36 Abs. 2 Bundesmeldegesetz beigelegt werden.
- 956 • gegen Werbung für die Bundeswehr auf Bussen des RVV sowie in städtischen
- 957 Gebäuden und auf städtischen Flächen.
- 958 • für eine kommunale Zivilklausel. Die Stadt Regensburg soll sich verpflichten die
- 959 Ansiedlung von Rüstungsproduktion zu verhindern und keine Gelder für
- 960 militärische Forschung zur Verfügung stellen.
- 961 • für die Schaffung und Förderung friedenspädagogischer Angebote an
- 962 Regensburger Schulen.

963

11 Stadtverwaltung und Bürger*innenbeteiligung

Die Stadtverwaltung muss allen Regensburger Bürger*innen dienen. Dazu braucht es bessere Integration und mehr Transparenz bei Entscheidungsprozessen. Barrierefreiheit muss nicht nur für städtische Gebäude Pflicht sein – auch in der Kommunikation der Stadtverwaltung und den Möglichkeiten der Bürger*innenbeteiligung muss sie konsequent beachtet werden.

11.1 Stadtverwaltung: Transparenz, Teilhabe, Barrierefreiheit

Eine moderne Stadtverwaltung muss für alle Bürger*innen offen, transparent und zugänglich sein. Nur durch echte Teilhabe, klare Kommunikation und konsequente Barrierefreiheit kann Vertrauen geschaffen und demokratische Mitbestimmung ermöglicht werden.

Wir setzen uns ein:

- für eine stärkere Kontrolle der Stadtverwaltung und Beteiligungsgesellschaften durch den Stadtrat.
- für die Einrichtung einer unabhängigen Beratungsstelle bei Polizeigewalt und eine konsequente Aufklärung von Verstößen durch die Polizei.
- für die Erweiterung der Informationsfreiheitssatzung auf die städtischen Betriebe und Beteiligungen.
- für eine größere Bürger*innennähe und Transparenz in der Stadtverwaltung und in den städtischen Beteiligungen.
- für echte Bürger*innenbeteiligung statt Alibi Verfahren.
- für eine bessere Sichtbarkeit der Bürger*innenversammlungen.
- für die Digitalisierung von Behördengängen.
- für ein barrierefreies Bürger*innenbüro in jedem Stadtteil.
- für einen erleichterten Zugang zu Informationen über die Stadtverwaltung und ihre Arbeit für alle Bürger*innen.
- für mehr Transparenz und Barrierefreiheit bei den Stadtratssitzungen und eine offene Kommunikation über das Gremium, die Arbeitsweise und die Entscheidungen.
- für die vollständige Transparenz der städtischen Tochterunternehmen wie der Stadtbau durch öffentlichen Zugang zu den Aufsichtsratssitzungen, Vorlagen und Protokollen.
- für mietbare städtische E-Kleinbusse für Umzüge.

11.2 Stadtverwaltung und die kommunalen Unternehmen

Als Arbeitgeberin trägt die Stadtverwaltung eine besondere Verantwortung für ihre Mitarbeitenden, und auch für die Mitarbeitenden in den kommunalen Unternehmen. Faire Bezahlung mit Tarifbindung und gute Arbeitsbedingungen sind unabdingbar für eine gut funktionierende städtische Infrastruktur.

Wir setzen uns ein:

- für gute Arbeitsbedingungen in Stadtverwaltung und kommunalen Unternehmen.
- für flexible Arbeitszeitmodelle im Sinne der Beschäftigten.
- für eine sozial gerechte Tarifpolitik.
- eine Menstruationsfreistellung, die unkompliziert, ohne Stigmatisierung und Benachteiligung genutzt werden kann.
- für einen angemessenen Hitzeschutz und angepasste Ruhezeiten.
- für Karriereförderung für FLINTA*-Personen in kommunalen Unternehmen und der Stadtverwaltung.
- gegen den Verkauf von städtischen Firmen und Beteiligungen.
- gegen die Auslagerung städtischer Aufgaben an Tochtergesellschaften und Privatunternehmen.
- für die Rekommunalisierung der privatisierten Daseinsvorsorge.
- für die starke Beteiligung von Personalvertretungen und Gewerkschaften in Stadtverwaltung und kommunalen Unternehmen.
- für mehr demokratische Kontrolle in den privatrechtlichen Firmen (z.B. REWAG und Stadtbau), die sich ganz oder teilweise im Eigentum der Kommune befinden und eine Sozialisierung dieser.
- gegen weitere Private-Public-Partnership-Projekte, die die Bürger*innen durch Geheimhaltung und Verschleierung der finanziellen Risiken ausgrenzen.
- für eine bessere Kontrolle der Verwaltung durch den Stadtrat und konsequente Umsetzung bei Projekten/Beschlüssen.
- für eine angemessene Personalausstattung der Kommunalverwaltung.

11.3 sozial-ökologische kommunale Auftragsvergabe

Über die kommunale Auftragsvergabe hat die Stadt Regensburg großen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen in den beauftragten Unternehmen und die Produktbeschaffung für kommunale Projekte.

Wir setzen uns ein:

- 1033 • für eine konsequente Umsetzung der ökologischen und sozialen Standards (ILO-
1034 Kernarbeitsnormen) bei der kommunalen Auftragsvergabe bei ausländischen
1035 Produkten.
- 1036 • für eine ausschließliche Auftragsvergabe an Unternehmen, die einem Tarifvertrag
1037 unterliegen.
- 1038 • für die Einführung eines transparenten Vergabeverfahrens, das öffentlich
1039 einsehbar ist und klare Kriterien für die Vergabe von Aufträgen festlegt.
- 1040 • für ein Verbot der Vergabe öffentlicher Mittel an Unternehmen, die nachweislich
1041 Immobilien leer stehen lassen oder kommunale Verpflichtungen nicht erfüllen.
- 1042 • für die Einführung einer Rückzahlungspflicht für Fördergelder, wenn Unternehmen
1043 oder Einzelpersonen geförderte Projekte nicht umsetzen oder Verträge nicht
1044 einhalten.

1045

1046 **11.4 Digitale Unabhängigkeit**

1047 *Wir stehen für Datenschutz. Programme und Betriebssysteme, bei denen die*
1048 *Datenverarbeitung unklar ist und die zur großflächigen Überwachung eingesetzt werden*
1049 *können, lehnen wir ab. Wir setzen auf Open Source, Transparenz und Offenheit*
1050 *gegenüber Bürger*innen.*

1051 Wir setzen uns ein:

- 1052 • für eine Stadtverwaltung, die auch digital transparent ist und Open Source
1053 Systeme nutzt.
- 1054 • für eine Stadtverwaltung, die unabhängig von Großkonzernen ist und eine
1055 resiliente, unabhängige digitale Infrastruktur besitzt.
- 1056 • für die Vergabe von Aufträgen an lokale IT-Dienstleister*innen statt
1057 Großkonzernen.
- 1058 • für die Beteiligung von interessierten Bürger*innen bei IT-Projekten.
- 1059 • für die Förderung von Forschung zur Resilienz und Unabhängigkeit der digitalen
1060 Infrastruktur in Regensburg.

1061

1062 **Nachwort Sebastian Wanner**
1063 **(OB-/Spitzenkandidat)**

1064 Liebe Regensburger*innen,

1065 in Regensburg gibt es aktuell keine linken Stadträt*innen und keine linke Fraktion im
1066 Rathaus. Diese Lücke erkennt man. Oft wird über Sozialpolitik nur geredet, gehandelt
1067 wird selten. Es werden viele Termine absolviert, aber oft kommt es dann zu spät oder
1068 gar nicht zur Umsetzung.

1069 Wir wollen Politik anders machen. Die linken Stadträt*innen werden einen Sozialfonds
1070 gründen, in welchen sie einen Teil der Entschädigung einzahlen. Dieses Geld wird den
1071 Regensburger*innen direkt zugutekommen. Sollte ich Oberbürgermeister werden, werde
1072 ich mein Gehalt begrenzen und für mich höchstens ein bayerisches Medianeinkommen
1073 behalten, Spenden für soziale Zwecke von mehreren tausend Euro pro Monat wären die
1074 logische Konsequenz – denn Politik ist für mich keine Selbstbereicherung.

1075 Auch Sozialsprechstunden werden unsere zukünftigen Stadträt*innen anbieten, denn
1076 Politik heißt für uns, für die Bürger*innen da zu sein – als Partei sind wir das bereits jetzt,
1077 bald als Fraktion.

1078 Wir stehen fest an der Seite der Mieter*innen. Der Mietenmafia und räuberischen
1079 Immobilienkonzernen sagen wir den Kampf an. Leerstände und Mietwucher wollen wir
1080 gezielt bekämpfen und Wohnen gerecht und bezahlbar gestalten – durch
1081 Genossenschaften und sozialen Wohnungsbau.

1082 Wir träumen von einer Verkehrspolitik, mit der Regensburg für die Zukunft gerüstet ist.
1083 Dafür braucht es weniger individualisierten Verkehr und mehr Bus, Rad und ÖPNV.
1084 Parkhäuser mitten in die Stadt zu bauen ist keine Lösung, eine riesige Beton-Brücke
1085 durch sattes Grün auch nicht.

1086 Für und mit euch werden wir in Zukunft die Stimme im Stadtrat erheben. Mit viel
1087 Engagement und Kompetenz und mit dem Herzen am linken Fleck. Wir sind sozial,
1088 solidarisch und sozialistisch – und kämpfen für euch!

1089 Lasst uns gemeinsam Regensburg auf links drehen!

1090

1091 Sebastian Wanner

1092

Unsere Liste zur Kommunalwahl

1	Sebastian Wanner	19	Ronja Künkler
2	Laura-Ann Neumann	20	Aziz Cinar
3	Michelle Hake	21	Sakine Cinar
4	Jonathan Brune	22	Simon Lachner
5	Cassandra Andraschko	23	Zoe Mühl
6	Sebastian Mederer	24	Markus Feilner
7	Miriam Zimmermann	25	Alissa Saciri
8	Arthur Baumann	26	Harald Sandner
9	Johanna Finkenzeller	27	Tania Mundinger
10	Samuel Scherl	28	Niklas Bliemel
11	Jana Saciri	29	Mona Steger
12	Jonas Gelner	30	Patrick Dieter
13	Anna Siebenhaar	31	Johannes Götz
14	Elias Zimmermann	32	Christian Hübner
15	Elisa Past	33	Wolfgang Friedl
16	Dr. Richard Heigl	34	Samuel Artmann
17	Sercan Misirli	35	Fabian Schneider
18	Cengiz Kaplan	36	Hans-Peter Dantscher